

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes zur Verlängerung des sogenannten Spitzenausgleichs – Drucksache 20/3872 –

Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 1026. Sitzung am 28. Oktober 2022 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Zum Gesetzentwurf allgemein

Der Bundesrat weist darauf hin, dass das dritte Entlastungspaket des Bundes zu hohen strukturellen Belastungen der Länder führt. Die Länder sehen sich in der Mitverantwortung, einen angemessenen Beitrag zur Abmilderung der Folgen der hohen Energiepreise zu leisten. Ohne eine nachhaltige Beeinträchtigung bei der Finanzierung der übrigen notwendigen Aufgaben in ihren Haushalten können die Länder einen solchen Beitrag allerdings nur leisten, wenn eine Verständigung über die Höhe einer tragbaren Länderbelastung erfolgt und es zu einer deutlichen Reduzierung der Belastung der Länder durch den Bund kommt. Im Rahmen eines Gesamtvorschlages ist insbesondere erforderlich, dass neben einer Nachfolgeregelung für das sogenannte 9-Euro-Ticket die Mittel für die Länder nach dem Regionalisierungsgesetz zur Qualitätsverbesserung sowie im Hinblick auf die massiven Energiepreissteigerungen erhöht werden, die vollständige Übernahme der Ausgaben nach dem Wohngeldgesetz durch den Bund erfolgt, die außerordentlich steigenden Energie- und Sachkosten bei den Krankenhäusern einschließlich der Krankenversorgung der Universitätskliniken sowie Pflegeeinrichtungen zeitnah durch Zuweisungen des Bundes gegenfinanziert werden, sowie die Bundesbeteiligung an den Kosten für die Unterbringung, Betreuung und Integration von geflüchteten Menschen wieder aufgenommen beziehungsweise intensiviert wird.

2. Zum Gesetzentwurf allgemein

- a) Der Bundesrat stellt fest, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine massive Auswirkungen auf die finanzielle Lage der Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger hat. Die gravierenden Auswirkungen werden aktuell insbesondere an den immensen Preisschwankungen am Energie- und Rohstoffmarkt sichtbar. Höhere Beschaffungspreise im Energie- und Rohstoffsegment führen im Allgemeinen aber auch zu höheren Produktionskosten und treiben im Ergebnis die Endverbraucherpreise in unerschwingliche Höhen. Die finanzielle Belastungsgrenze der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Wirtschaft, ist erreicht beziehungsweise teilweise bereits überschritten.
- b) Neben einer unabhängigen Energieversorgung rückt unter der derzeitigen geopolitischen Lage auch die Frage nach einer unabhängigen und krisensicheren Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln wieder verstärkt in den Fokus. Ein wichtiger Baustein hierfür ist eine im europäischen Raum wettbewerbsfähige und vor allem überlebensfähige Land- und Forstwirtschaft.

Gegenäußerung der Bundesregierung

Die Bundesregierung äußert sich zur Stellungnahme des Bundesrates wie folgt:

Zu Ziffer 1 Zum Gesetzentwurf allgemein

Die Bundesregierung nimmt die Ausführungen des Bundesrates zur Kenntnis.

Zu Ziffer 2 Zum Gesetzentwurf allgemein

Die Bundesregierung nimmt die Ausführungen des Bundesrates zur Kenntnis.